

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: H. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: Für Preußen incl. Steuer 16 Rgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Rgr. per Quartal.

Postexpedition für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

An unsere Parteigenossen!

Wie Ihr wißt, beginnen Montag den 11. März die Schwurgerichtsverhandlungen in dem „Hochverrathsprozesse“ gegen uns. Viele von Euch werden denselben beiwohnen wollen. Dies veranlaßt uns, die dringende Aufforderung an Euch zu richten, weder durch Zeichen des Beifalls noch des Mißfallens die Verhandlungen zu unterbrechen. Geschehe was da wolle, verhaltet Euch ruhig. Mag unsere Gegnerschaft durch bößliche Hetzartikel, oder durch bezahlte Agents provocateurs Euch zu reizen suchen, macht diese perfiden Machinationen durch Eure Besonnenheit zu Schanden. Die Abrechnung wird nicht ausbleiben. Leipzig, den 3. März.
Bebel, Liebknecht, Seipner.

Da die Redakteure dieses Blattes in der nächsten Woche durch die Prozeßverhandlung verhindert sind, in gewohnter Weise die Redaktionsgeschäfte zu besorgen, auch ein ansehnlicher Theil des Raumes durch den Verhandlungsbericht in Anspruch genommen werden wird, so bitten wir die korrespondirenden Parteigenossen, hierauf gefälligst Rücksicht zu nehmen, und bis nach Schluß der Verhandlungen nur das Nothwendigste, und dies in möglichster Kürze, mitzutheilen.

Die soziale Frage und unsere Gesetzgeber.

Wir berichten heute nach der amtlichen „Leipziger Zeitung“ über die jüngste Debatte in der Sächsischen Kammer, betreffend das Dampfseil-Revisoren resp. Fabrikinspektoren-Gesetz.

Abg. Dr. Kuntzsch findet die Ansicht sehr der Beachtung werth, ob es nicht möglich sei die Aufsicht über die Dampfseil den **betheiligten Personen selbst zu überlassen**. Was die Regierung beabsichtigt, sei durch Verenszählung sehr wohl zu erreichen. Das Hauptgeschick und die Unfallversicherungen würden es früher oder später dahin bringen, daß die Privatthätigkeit übernehme, was jetzt noch durch die Regierung ausgeführt werden müsse. Die Regierung habe früher bereits Versuche in dieser Richtung durch Bildung von Vereinen nach dem Vorbilde Mühlhausens gemacht, aber aus Mangel an Vertheiligung seien diese Genossenschaften erlegen. Die Maßregel, welche die Regierung zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter in den Fabriken beabsichtigt, sei sehr zu billigen, nur liege die Befürchtung nahe, daß, so lange es an festen Normen für die Aufsichtsführung der Inspektoren sei, einerseits seien der Revisoren Uebergriffe stattfänden, andererseits denselben von den Fabrikbesitzern nicht in der wünschenswerthen Weise entgegenkommen werde. Er wünsche zu wissen, ob die Regierung diese schwierige Frage, um jenen beiden Gefahren vorzubeugen, durch Gesetz oder Verordnung zu regeln meine? Daß diese Regelung vorwiegend im Interesse der Arbeiter erfolge, sei klar. Nach dem Dekret sollten den Revisoren auch fabrikspezifische Anträge erteilt werden. Das sei an sich ganz gut, nur gebe er zu erwägen, daß die Bevölkerung, wenn sie zuviel mit statistischen Fragen bebelästigt werde, doch leicht etwas mißtrauisch werden, die Verantwortung der Fragen dann auf Widerstand stoßen könne. Ob die Zahl von 4 Revisoren ausreichen werde, werde sich bis zum nächsten Landtag herausstellen, er bezweifle es.

Abg. Dr. Weinlig: Die Hoffnung, daß es künftig möglich sein werde, die Funktionen der Dampfseilinspektoren zu erledigen durch die freie Thätigkeit der Gewerbetreibenden selbst, halte er für außerordentlich beachtenswerth, und die Regierung theile dieselbe. Freilich könne er nicht verschweigen, daß nach dem Gange, den derartige Dinge in Sachsen zu nehmen pflegten, wohl noch eine ziemliche Reihe von Jahren verfließen dürfte, ehe Seiten der Betheiligten Anhalt dazu gemacht werde; aber es könne doch jedenfalls nicht schaden, die Frage immer wieder anzuregen; hier sei ein Feld, wo die Betheiligten sich selbst und der Regierung sehr viel Sorge und Mühe abnehmen könnten, wenn sie nur wollten. Was die Verwendung der Revisoren als Fabrikinspektoren anlangte, so werde man die nächsten paar Jahre auf dem Gebiete des Verkehrs bleiben; ob vier ausreichen würden, lasse sich heute noch nicht bestimmen sagen. Daß der Wirkungsbereich dieser Inspektoren durch eine genaue und bindende Instruktion zu normiren sein werde, verleihe sich von selbst. Soweit es sich um die Aufsicht auf Beobachtung der Vorschriften der Bundesgewerbeordnung über die Kinderarbeit handle, habe das keine Schwierigkeit, es werde sich insofern hauptsächlich darum drehen, Material für die Kritik dieser Vorschriften zum Gebrauch bei einer späteren Revision derselben zu sammeln. Was aber den Schutz der Gesundheit der Arbeiter anlangte, so würden nach der Absicht der Regierung von den Inspektoren positive Anordnungen nur mit großer Vorsicht, wesentlich nur da, wo die Vernachlässigung der einschlagenden Bestimmungen der Gewerbeordnung ganz klar vorliege, zu treffen sein. Es werde aber schon sehr langsam sein, wenn Personen da seien, welche die Fabrikbesitzer auf gewisse sanitätspolizeiliche Lücken und Fehler aufmerksam machten, denn häufig entmündeten diese lediglich der Indolenz und würden sofort bereitwillig (?) abgestellt, sowie darauf aufmerksam gemacht werde. Die Nachbeachtung der Vorschriften der Gewerbeordnung werde bei der Handhabung des Hauptgeschickes natürlich ein wesentliches Moment bei Beurtheilung der Vertretungspflicht des Fabrikbesizers bei Unglücksfällen bilden, darin liege das Compelle (der Zwang) für die Fabrikbesitzer. Was die fabrikspezifischen Aufträge anlangte, so dürfe Dr. Kuntzsch wohl von der Erfahrung, die das Ministerium mit solchen Dingen gemacht habe erwarten, daß es nicht allzu viel fragen werde, um nicht den Reuten den Geschnad an Antworten zu verderben. Hauptächlich habe man an eine genaue Dampfseilstatistik gedacht.

Abg. Benzig begrüßt die Idee der Fabrikinspektoren mit Freuden; der Vorschlag läge im Interesse sowohl der Arbeiter als der Arbeitgeber und werde dazu dienen, die Rechte gegen manche Angriffe, wie sie jetzt in Arbeitkreisen sich zeigten, zu schützen. Sehr nahe liege aber die Frage, ob sich nicht bei der Bescheiden-Remorganisation ein Weg finden lassen würde, um diese Position ganz vom Budget verschwinden zu lassen. Gewisse Orte im Lande, die mit ihren Fabriken sehr dicht bei einander lägen, würden gewiß gern bereit sein, sich ihre eigenen Fabrikinspektoren zu halten, wenn es ihnen die Regierung nur gestatten würde, einen solchen Mann zu ernennen. Das sei dann billiger, als wenn man sich weither kommen lassen müsse.

Abg. Walter schließt sich dem an. Aber die Sache habe doch noch eine andere Seite. Beim ersten Besuche eines Inspektors, würde Rechner, wäre er Fabrikant, ihm seine sämtlichen Defizite zeigen und ihn bitten, ihm zu sagen, ob alles Richtig gehe sei. Nun werde

aber das Hauptgeschick Anlass zu vielen Differenzen geben. Denn, sollte es das Unglück wollen, daß nach einem solchen Besuche des Inspektors ein Unglück in der Fabrik ohne Verschulden des Besizers oder seiner Beamten einträte, so würde man sich auf den Fabrikinspektor berufen können. Das Leben dieser Fabrikinspektoren würde ihnen mit der Zeit lauer gemacht werden. Rechner wünscht aber, daß dieselben nicht bloß die wissenschaftliche Befähigung für eine Keiselprobe, sondern auch Kenntnisse über Fabrikwesen besitzen möchten.

Abg. Dr. Leistner: Als im norddeutschen Reichstag der Antrag auf Einsetzung von vom Staate zu besoldenden Fabrikinspektoren gestellt worden sei, habe der Reichstag noch eingehender Debatte diesen Antrag abgelehnt, um nicht wieder ein neues polizeiliches Institut zu begründen (?). Der Reichstag habe geglaubt, daß man viel einfacher den wiesen Nachhilfen begehen könne, die, wie er zugebe, in jeder Fabrik vorzukommen könnten. Wenn die Fabrikanten Verständnis für ihre eigenen und die Interessen der Arbeiter hätten, so bräuchten sie sich nur mit einem ihrer intelligenten Arbeiter in Verbindung zu setzen und alle Uebelstände in der Fabrik mit demselben zu untersuchen.

Vizepräsident Streit: Ungeachtet der Vorgänge auf dem Reichstage bitte er doch die Kammer, die Vorlage zu genehmigen. Das sei ein sicheres Mittel, gewissen sozialistischen Agitationen kräftig entgegenzutreten, wenigstens um gewisse Verdächtigungen des Fabrikwesens zu entkräften. England sei in dieser Richtung vorgegangen. Wollten die Fabrikanten selbst diese Inspektoren anstellen, so würden die letzteren nur als die Beamten der Fabrikanten erscheinen, und damit sei allen Verdächtigungen Thor und Thür geöffnet. Staatsbeamte aber würden solchen Verdächtigungen nicht so ausgeführt sein, da ihre Stellung ganz unabhängig von den Fabrikanten sei. Der Versuch der Regierung sei durchaus sachgemäß, und er verspreche sich davon eine Beruhigung in gewissen Arbeiterkreisen. Namentlich werde dies der Fall sein, wenn die Inspektoren kräftig gegen alle Nachlässigkeiten in einzelnen Fabriken einschritten.

Abg. Ludwig meint, daß der Versuch, den die Regierung jetzt mit den Fabrikinspektoren machen wolle, nicht von glänzenden Erfolge getrübt sein werde. Ob innerhalb einer gewissen Bevölkerung Agitation oder Nichtagitation vorhanden sei, darauf (das wolle er dem Vizepräsidenten entgegen) sei nicht Rücksicht zu nehmen, diese Strömungen kämen und gingen. Leicht träte sonst eine Gegenwehr ein, um dementsprechend man sich freiwillig und gebunden den Händen der Regierungs- und Polizeigewalt übergebe. Rechner will sich sein Leben lang gegen Eingriffe der Polizeigewalt, selbst wenn sie im allerhöchsten Maße aufwäre, stets vorbehalten. Wie sollten diese 4 Revisoren Alles erfüllen, was man von ihnen verlange? Schlechterdings unmöglich sei es, wenn diese 4 Beamten etwas Ordentliches in Bezug auf das materielle und physische Wohl der Arbeiter leisten sollten. Es werde nur wiederum ein neues Beamtenhum eingeführt werden. So lange nicht bei der Wahl dieser Revisoren auch die Arbeiter und bez. die Arbeitgeber ein Wahlrecht mit hätten, so würde ihnen kein Vertrauen entgegenkommen, sondern man werde nur neues Mißtrauen säen. Schon wegen seines Namens „Revisor“ werde man ihn mit Mißtrauen empfangen. Mit der Revision der Fabriken in den Städten könne es schon noch eine Zeit lang so fortgehen, wie seither, man möge lieber darauf sehen, daß die Fabriken auf dem Lande in Betreff der Kinderarbeit gehörig beaufsichtigt werden, daß z. B. keine Sinterthüren da seien, wo man die Kinder hinauslasse, wenn die Inspektoren von vorn herein kommen. Jetzt habe man auf Grund einzelner Klagen von Arbeitern angefangen, die Frage der Beschäftigung von Kindern gehörig zu untersuchen, darin möge man fortfahren, statt eine Einrichtung zu schaffen, die nur die Beschäftigung des Revisionsbattes auf sich laden werde.

Abg. Dr. Genzel: Der jetzige Regierungsvorschlag sei am vorigen Landtag von ihm beantragt worden. Eigentlich aber sei die Selbsthilfe das Angzustrebende gewesen. Bei dem Mühlhäuser Verein zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahren in den Fabriken sei der Beamte, den die Fabrikanten angestellt hätten, diesen gegenüber ganz selbstständig(?) und genösse eine Autorität, die den von der Regierung anzustellen Inspektoren nur zu wünschen wäre. Der Mühlhäuser Verein könne wegen seiner gegenständlichen Wirksamkeit nur als Muster dienen.

Abg. Dr. Leistner: Vermöchten die Fabrikinspektoren den Forderungen der Arbeiter nicht ganz gerecht zu werden, so werde das Odium auf sie und die Regierung mit fallen, besonders wenn der Inspektor zuvor mit dem Fabrikbesitzer ein Glas Champagner getrunken habe. Ein trauriges Zeichen sei es, wenn immer und immer wieder in Sachsen, wo der Einzelne sich selbst helfen könne, der Staat angerufen werde, zuletzt komme man damit dahin, daß er auch für uns denke.

Abg. Dr. Biedermann: Er glaube, daß die Regierung den rechten Weg gehe, indem sie die Aufsicht über die Fabriken im Interesse der Arbeiter übernehme. Daß künftig einmal die Selbsthilfe an Stelle der Staatsaufsicht trete, sei dadurch nicht ausgeschlossen. Was ihn zu dieser Ansicht bestimme, sei natürlich das Vorbild Englands, welches in dem Institut der Fabrikinspektion ein wesentliches Moment der sozialen Fürsorge für die Arbeiter erkenne. Von John Bright sei ihm das Institut als ein solches gerühmt worden, welches noch wirksamer als ein Hauptgeschick die Arbeiter schütze. Allerdings würde es in England auf der festen Basis genauer gesetzlicher Vorschriften über die Einrichtung der Fabriken. Werden diese bei uns durch Instruktionen genügend ersetzt, so werde die Einrichtung auch bei uns sehr wohlthätig wirken.

Abg. Jordan empfiehlt dringend den Regierungsantrag. Dies sei wieder einer der Fälle, wo man sagen müsse: es sollte dies anders sein, es ist aber eben nicht so. Er sei wenigstens nicht in der Lage, seine Berufsgenossen in der Industrie in Schutz nehmen, daß er sagen könnte, sie thäten alles, was sie thun könnten, um ihre Arbeiter vor Gefahren zu schützen. Was in Mühlhausen geschehen sei, werde immer nur in kleinen Kreisen möglich sein, wo eine gleichartige große Industrie florire. Bei unseren Verhältnissen sei staatliche Kontrolle und Nachhilfe nicht nur nothwendig, sondern im höchsten eigenen Interesse der Fabrikbesitzer, das hätten die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Kinderarbeit gelebt eine Beschränkung, deren Segen für sie selbst von den Fabrikanten nur noch zu sehr verkannt werde.

Staatsminister v. Köpitz-Walkwiß: Ich will nicht in Abrede stellen, daß auf dem Wege der Privatvereinbarung der Zweck vielleicht in gleicher Weise erreicht werden kann (?). Der Vordrucker hat bereits in sehr fundiger Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhältnisse in Sachsen nicht ganz dieselben sind, wie in Mühlhausen, und jedenfalls kann ich konstatiren, daß die Erfahrungen, die in Mühlhausen gemacht worden, uns längst bekannt worden sind. Die

*) Dahin sind wir längst gekommen. Oder sollte Herr Leistner nie etwas von Schulregulativen und Präbureauz gehört haben? Die Zahl derer, die den Staat nicht für sich denken lassen, ist heutzutage eine verschwindend kleine. R. d. B.

Regierung hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um die Kenntnis der berartigen Einrichtungen dem Gewerbebesitzer zuzuführen. Sie hat die Presse benutzt und die Organe der Industrie, die Handels- und Gewerbelamern. Trotzdem ist in dieser Richtung nichts geschehen. Ich glaube daher, daß der Vorschlag der Regierung gerechtfertigt ist. Wenn Ludwig den Vorschlag der Regierung bezeichnet hat als eine neue Einmischung der Regierung in Privatverhältnisse, so kann ich ihm nicht beipflichten. Ich halte die Fürsorge für die Sicherung der arbeitenden Klassen nicht für eine Einmischung in Privatverhältnisse, sondern für eine der wesentlichsten Aufgaben der Staatsverwaltung (Beistand Zustimmung), und wenn es infolge der Maßregel, die die Regierung heute vorschlägt, gelingt, nur Etwas in dieser Richtung zu thun, so lasse ich mir auch recht gern den Vorwurf der Topfauerei gefallen, den der Abg. Ludwig in Aussicht stellt (Heiterkeit).

Eine Kritik der einzelnen Äußerungen ist uns nicht zumuthen. Das Gefasel Derer, die den Arbeiter auf die „freie Thätigkeit“ der Hrn. Arbeitgeber verweisen, wurde zu Genüge charakterisirt durch die Bemerkungen Jordan's (selbst Fabrikant) und Ludwig's über die Praktiken der Hrn. Arbeitgeber. Bezeichnend ist die Furcht des Hrn. Kuntzsch und anderer Deputirter vor der Statistik, und irrtümlich der Heroismus des Hrn. Streit, der „aus Bosheit“ für Statistik stimmt — bloß um die bösen Sozialdemokraten ad absurdum zu führen. Und der Mann ist aus Zwickau und obendrein Bürgermeister dort. Wo er bis dato nur seine Augen gehabt haben mag? Nun, vielleicht macht er sie jetzt auf, und treibt die „Bosheit“ so weit, in seiner Nähe statistische Erhebungen anzustellen. Wir garantiren ihm dafür, daß er in einem halbheimlichen Umkreis um die Zwickauer Bürgermeisterei eine Masse des Glendes zu Tage fördern wird, die auf der schwärzesten Seite der Englischen Statistik Platz finden könnte! Doch Dr. Streit wird sich hüten, und die Regierung „hat uns ja durch ihren Commissar, Hrn. Weinlig, erklärt, daß sie „nicht allzuviel fragen“ lassen wird, und daß es ihr „hauptsächlich auf eine genaue Dampfseilstatistik“ antomme! Die Menschenstatistik ist Nebenjache. — Und ganz mit Recht; ist doch der Mensch Nebenjache im heutigen Staat und in der heutigen Gesellschaft!

Politische Uebersicht.

Bei Gelegenheit der jüngsten Krawalle in Brüssel hatten wir schon hervorzuheben, daß die Standalmacher ausschließlich den „gebildeten“ Klassen, und zwar der „liberalen“ Bourgeoisie angehörten, wohingegen das „ungebildete“, „ordnungsfeindliche“ Proletariat sich durch musterhafte „Ruhe und Anständigkeit“ auszeichnete. Genau dasselbe haben wir jetzt von Antwerpen zu vermelden. Dort erschien vor etwa zehn Tagen ein Individuum, das sich Herzog von Chambord zu nennen beliebt und, weil er ein in der Ehe geborenes Kind der durch ihren anstößigen Lebenswandel berüchtigten Herzogin von Berry ist, als solches (der Code Napoleon verbietet das „Suchen nach der Vaterchaft“) für einen Enkel des letzten französischen Bourbonenkönigs, Karls X., gilt. Dieses Individuum, körperlich wie geistig verkrüppelt — es hinkt, stottert, hat einen glasbösenigen Schadel, innerlich wohl nicht noch unvortheilhafter ausgestattet, als äußerlich — spielt die Rolle eines französischen Kronprätendenten und machte sich in Antwerpen das Plaisir, „Hof zu halten.“ Das erregte den Zorn der Antwerpener Spießbürger, die für einen Kronprätendenten der jüngeren Linie (Dileans) schwärmen, und es kam zu einigen Strafenaufläufen, die zu hitzigen Kammerinterpellationen und schließlich zur Flucht der fürstlichen Menschenfarratur, die sich Herzog von Chambord oder, mit ihrem „Zukunftstitel“, Heinrich V. zu nennen beliebt, führte.

Anlässlich dieser Strafenaufläufe veröffentlichte die Antwerpener Sektion der Internationalen folgenden Aufruf:

An das Volk!

Ein Ausländer, der sich Graf von Chambord nennt, setzt die ganze besitzende Bürgerschaft unserer Stadt in Bewegung. Im Hotel St. Antoine abgestiegen, empfängt er seine Freunde und Anhänger und conspirirt dort mit ihnen, jagt man, bezüglich der Wiederherstellung des Thrones von Frankreich. Wenn dem so ist, mißbraucht dieser Fremde die belgische Gastfreundschaft und wir protestiren im Namen des Rechts gegen diese Parteilichkeit der Regierung, welche das Fremdengeß gegen alle Demokraten, die immer ohne Gnade über die Grenze verwiesen werden, anwendet, während sie haffenswerthe Thronjäger durch die Polizei und Gendarmarie beschützt.

Indeß halten wir es für unsere Pflicht, öffentlich zu erklären, daß wir mit den Demonstrationen, welche seit mehreren Tagen Abends vor dem Hotel St. Antoine stattfinden, nichts zu schaffen haben, obgleich feindliche Journale es sagen. Diese Agitationen sind das Werk des besitzenden Bürgerthums, und wir sehen darin nur eine Partei-Contarrenz zwischen Liberalen und Katholiken. Keine dieser Parteien will uns wohl, und sie zeigen es selbst offenkundig, indem sie dem Volk Geld anbieten, um eine Mitwirkung zu erlangen, die seinen Interessen ebenso zuwider, wie seiner Ehre schädlich wäre.

Die Unterdrücker, die reiche Bourgeoisie, wenden noch ein Mal das Mittel an, das ihnen nur zu oft gegolten ist. Immer sind sie mit Hilfe Curer Arme und Cures Stutes zu ihrem Ziele gelangt. Aber Ihr wißt, daß von Liberalen und Katholiken die Einen Euch nicht mehr hold sind, als die Andern. Alle beide sind Eure Feinde, wollen Eure Knechtschaft. Werden

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Die Lage der Mühlenburschen.

Von J. M. in Lissig.

Die Behandlung der Mühlenarbeiter, resp. Mühlenburschen muß nicht allein eine sklavische genannt werden, sondern man kann sie, ohne dabei zu viel zu sagen, geradezu eine raffinierte Grausamkeit benennen und es ist nur traurig, daß man in der Öffentlichkeit noch äußerst wenig Kenntniß davon hat, was sich durch den Umstand erklärt, daß sich die Mühlen meist an abgelegenen Orten befinden und also wenig Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Gerade deshalb aber sei erlaubt, endlich einmal zu schildern, wie es in den Mühlen zugeht, zu beschreiben, unter was für traurigen Umständen das zum täglichen Brode Aller benötigte Mehl hergestellt wird, wie viel Bluts- und Schweißtropfen daran hängen. Ich habe das Thun und Treiben in den Mühlen auf das Eingehendste geprüft und bin nunmehr zu der Ue. erzeugung gelangt, daß so ein Mühlenbursche durch die Art und Weise, wie er arbeiten muß und wie er dabei behandelt wird, nicht allein körperlich, sondern auch geistig vollständig zu Grunde gerichtet werden muß, und könnte ich Hunderte von verfallenen Arbeitern benennen, die ein lebendiges Zeugniß für meine Behauptung bilden. Jene, welche bei ihrem Berufe bleiben und nicht zeitig einen anderen Broderwerb auffuchen, verfallen einem langwierigen Siechtume oder Sterben eines vorzeitigen Todes.

Betrachten wir uns also das Thun und Treiben in einer Fabrikmühle! Sagen wir, es ist eine Mühle von 8 Gängen. In einer solchen sind in der Regel, einschließlich des Knappen (Werkführers), 5 Arbeiter beschäftigt. Der Knappe hat die Arbeit auszuteilen (was stets so geschieht, daß er davon frei bleibt), Alles zu überwachen und muß vor allen Dingen eine gehörige Portion Grobheit besitzen. Letzteres ist eine Existenzfrage, da die Chefs keine Knappen behalten, welche nicht mit dieser Eigenschaft ausgerüstet sind. Indessen giebt es stets solche jämmerliche Kreaturen genug, was besonders dem Umstande zuzuschreiben ist, daß es den Knappen überlassen ist, die Lohnverhältnisse zu regeln, welche Einrichtung dieselben in den Stand setzt, die größten Schwindeleien auszuüben. Gewöhnlich theilen die Herren Knappen die Sache so ein, daß die Hälfte des gesammten Lohnbetrages in ihre eigene Tasche fließt, und die andere Hälfte unter die Arbeiter vertheilt wird. Die gewöhnliche Arbeitszeit beträgt täglich 16—18, auch 20—24 Stunden; es wird Tag und Nacht gearbeitet, Sonn- und Festtage nicht ausgenommen. Während der Gottesdienstzeit, wo der Betrieb des Geschäftes gesetzlich verboten ist, stehen zwar die Räder stille, allein die Arbeiter sind gezwungen, andere Verrichtungen zu thun, die weniger Geräusch verursachen. Die Eintheilung der Arbeitszeit ist im Allgemeinen folgende: Abends 7 oder 8 Uhr begeben sich 2 Mann zur Ruhe, ganz direkt zur Ruhe (in den meisten Mühlen ist es nicht erlaubt auszugehen); die Lagerstätte besteht in der Regel aus einem alten, mit Kleie ausgestopften Sacke, Betten sind für die Mühlenburschen unbekannt Dinge. (Die Mühlenbesitzer sagen, in Betten würden die Leute zu faul, würden zu lange schlafen und dergl.) So liegen denn die armen Burschen bis ungefähr Nachts 1 Uhr auf ihrem Kleiesacke, dann heißt es wieder „auf!“ und die beiden anderen Arbeiter, welche zuvor gearbeitet hatten, sinken auf dieselben Sacke hin, welche von den vor Mitternacht Schlafenden verlassen wurden. Dabei kommt es oft vor, daß ihnen die Augen so sehr brennen, daß sie trotz aller Müdigkeit nicht schlafen können und erst Umschläge mit Wasser machen müssen. Früh 7 Uhr hat die ganze Mannschaft wieder an der Arbeit zu sein. Also von Morgens 7 bis Abends 7 oder 8 Uhr wird mit der ganzen Mannschaft gearbeitet und außerdem muß die Hälfte noch von Abends bis Mitternacht und die andere Hälfte von Mitternacht bis Morgens arbeiten. Es ist geradezu haarsträubend. Durch diese schreckliche Behandlung der Arbeiter sind dieselben aber auch ganz und gar feig und charakterlos geworden, sie wagen es kaum, ihrem Chef in das Gesicht zu blicken. Wenn derselbe in die Mühle kommt, dann wird ihm demuthsvoll der Gruß gebracht, und mit Angst erwartet man die allseitige Erwiederung desselben. Erfolgt eine solche, dann ist man froh, weil man annimmt, daß der „Herr“ bei guter Laune sei; wird der Gruß aber nicht erwidert, dann verkrümmt man sich schein in die Winkel und denkt mit Entsetzen an eine allseitige Entlassung. Daher kommt es auch, daß sich die Mühlenbesitzer geradezu als Paschas fühlen und ihren Arbeitern gegenüber die grösste Herzlosigkeit an den Tag legen. Sobald sich Einer nur müßt, muß er fort, — mögen seine Verhältnisse noch so traurig liegen.

Was für diese Heloten gethan werden muß, das ist Folgendes:

- 1) Einführung der 12-Stundenarbeit, anstatt der bisherigen 16 bis 18, auch 20 bis 24-stündigen; es kommen sogar Fälle vor, daß 36 auch 48 Stunden hintereinander gearbeitet wird von ein und denselben Arbeitern. Es klingt unglaublich, es ist jedoch eine Thatsache.

- 2) Abschaffung der Sonntagsarbeit. Das Verbot der Sonntagsarbeit wird von den betreffenden Chefs raffiniert umgangen, resp. das Uebertreten derselben bezahlt.

- 3) Gewährung einer kräftigen, nahrhaften Kost.

- 4) Ein dem menschlichen Bedürfnis entsprechendes Ruhe-lager.

- 5) Abschaffung der in manchen Mühlen noch gebräuchlichen Prügelnase. Diese Strafe wendet man gewöhnlich an, wenn Arbeiter des Nachts die Arbeit nicht nach Wunsch der herzlosen Mühlenbesitzer verrichten; bei einer so langen Arbeitszeit wird der Mensch vom Schlaf übermannt und sinkt dann oft bewußtlos zusammen. Wenn nun bei einem derartigen Werk, welches gewöhnlich durch Wasser oder Dampf getrieben wird, die nötige Aufsicht fehlt, erwächst dadurch den Besitzern oftmals bedeutender Schaden; erbarmungslos behandelt man nun diese ganz gleichgültigen Arbeiter; ich selbst habe Meister gefannt, denen die Prügel-Leidenenschaft so zu sagen angeboren war; bios dann und wann findet man Arbeiter, die ein sofortiges Wiedervergeltungsrecht ausüben, die große Mehrzahl läßt es sich stumpsinnig ruhig gefallen.

Was mich persönlich anbetrifft, so bin ich zwar arm, jedoch unabhängig und habe mir die Aufgabe gestellt, koste es, was es wolle, meinen ehemaligen Kollegen zu helfen. Es ist dies ein sehr schwieriges Unternehmen, indem dieselben den Glauben an eine Rettung gänzlich verloren haben, doch der Anfang ist gemacht durch die Artikel, welche ich über dieses Thema bereits

in unserm Chemnitzer Parteiblatt veröffentlicht habe; jene Artikel haben bei Arbeitgebern sowohl als bei Arbeitern Sensation erregt, und hoffe ich, wenn mir die Parteigenossen hilfreich zur Seite stehen, Einiges zur Besserung der Lage der Mühlenburschen beitragen zu können.

Die Wohnungsfrage.

VI.

(Schlußartikel.)

Es bleiben noch die Vorschläge des Herrn Reschauer zur Besprechung übrig, wie sie in seiner mehrfach erwähnten Schrift* niedergelegt sind. Wir widmen ihnen zum Schluß unserer Ausführung noch besondere Aufmerksamkeit — aus zwei Gründen. Erstens wird Niemand die Schrift des Herrn Reschauer lesen, ohne zu fühlen, daß er hier einen Mann vor sich hat, der von wirklich ehrlichem und uneigennützigem Streben für das Wohl des Volkes erfüllt ist, und jede solche Leistung hat Anwartschaft auf unseren Dank; zweitens deshalb, weil einer seiner Vorschläge wirklich an das von uns entwickelte Prinzip der Ablösung der Miethwohnung streift.

Die Schrift zerfällt in zwei Theile, denen als Anhang noch verschiedene Beilagen mit sehr werthvollem statistischem Material beigelegt sind. Der erste Theil schildert hauptsächlich die furchtbaren Folgen der Wohnungsnoth mit vorzugsweiser Betonung der Leiden des Kleingewerbes; der zweite enthält positive Vorschläge zu einer durchgreifenden Besserung.

Reschauer sagt Seite 7:

„Der Gefertigte glaubt, den betrübenden Nachweis liefert zu haben, daß das Gros der Wiener Bevölkerung an Wohlstand nicht gewonnen, sondern im Gegentheil verloren hat. Die Anzahl der Millionäre und jener verwegenen Glückfinder, welche durch gelungene Speculationen sich gleichsam über Nacht große Capitalien einzuheimsen wußten, hat in den letzten Jahren unstreitig einen sehr bedeutenden Zuwachs erhalten, aber der Mittelstand und die arbeitenden Classen sind in dieser Aera ärmer geworden.“

Und weiter Seite 9:

„Nicht allein der Staat und die Communen, sondern namentlich auch jene Classen der Gesellschaft, denen ihr Reichthum und ihre Bildung wohl auch die Pflicht auferlegen, sich um das Gemeinwohl zu kümmern, sollten durch die Gründung und Förderung gemeinnütziger Vereine und Unternehmungen sich die Hebung und Entwicklung des Kleingewerbes zur Aufgabe stellen.“

Seite 12:

„Mit dem Kleingewerbe steht und fällt die heutige Gesellschaft.“

Wir haben hierauf kurz Folgendes zu erwidern. Der Appell an die „reichen und gebildeten Classen“ kann bei Jedem, der das Wesen der Gesellschaft kennt, nur mitleidiges Lächeln erwecken. Wohl kann sich das einzelne Individuum über die Existenzbedingungen seiner Classe erheben und mit Aufgebung egoistischer Interessen wahrhaft gemeinnützige Zwecke verfolgen. Eine Classe als solche kann es nie und nimmer mehr, aus dem einfachen Grunde, weil das innerste Denken einer Classe einzig und allein vom Interesse bestimmt wird. Das Interesse der „reichen und gebildeten Classen“ ist aber ein „Sonder-Interesse“ und steht als solches schon jedem wahrhaft gemeinnützigen Zwecke principell gegenüber. Das Einzige, was eine gesellschaftliche Classe einer andern gegenüber thun kann, ist Philanthropie, christliche Barmherzigkeit, zu deutsch — Almosen. „Nous repoussons l'aumône, nous voulons la justice.“ „Wir weisen das Almosen zurück, wir wollen die Gerechtigkeit,“ haben unsere französischen Brüder gesagt.

Daß die heutige Gesellschaft mit dem Kleingewerbe steht und fällt, ist allerdings nur zu wahr. Warum ist das Kleingewerbe der eigentliche Strebepfeiler der Gesellschaft? Weil es seiner ursprünglichen Anlage nach die drei Factoren: Arbeit — Erwerb — Besitz — in sich vereinigt, weil es in der Vereinigung dieser drei Factoren der Entwicklungsfähigkeit des Individuums keinerlei Schranke gegenüberstellt. Es braucht hier nicht betont zu werden, daß die capitalistische Produktionsweise und die Entwicklung der modernen Industrie dieses ursprüngliche Wesen des Kleingewerbes vollständig zerbrochen und aus einer lebenskräftigen, sich immer wieder neu erzeugenden Classe einen bewußtlosen Haufen Menschen gemacht hat, der nicht weiß, wohin er seinen angstvollen Blick wenden soll. Für das Kleingewerbe gibt es nur Eine Hilfe, und diese ist in seine eigene Hand gegeben — der Bund mit dem proletariat. Wir werden vielleicht später einmal Gelegenheit haben, diesen Satz hier näher auszuführen. Die Wohnungsnoth ist nur ein Symptom in der constitutionellen Krankheit des Kleingewerbes, die Krankheit selbst sitzt anderswo und viel tiefer; auch eine vollständige Beseitigung der Wohnungsnoth würde diese Krankheit nicht heilen, vielleicht etwas in die Länge ziehen; die Lage der heutigen Mittelklasse mit ihren heutigen Existenz-Bedingungen sind gezählt. Kein Gott kann sie retten.

Das Radikalmittel des Herrn Reschauer aber ist folgendes: S. 37. „Um dem Mangel an kleinen Wohnungen unter 150 fl. Jahreszins in Wien abhelfen zu können, haben meine Erhebungen zu dem Ergebnis geführt, daß es in der Umgebung Wiens ein einziges Territorium gibt, dessen zweckmäßige Ausnützung nicht nur der Wohnungsnoth für Wien für Generationen ein Ende machen, sondern auch den für die Commune Wien schwer in die Waagschale fallenden Vortheil einer nicht unerheblichen Entlastung ihres Budgets zur natürlichen Folge haben müßte.“ — Als dieses Territorium bezeichnet er die Herrschaft Kaiser-Ebersdorf mit einem Grundcomplexe von beiläufig 5100 Jochen, welche dem Wiener Armenfond gehört, unter der Administration des löblichen Gemeinderaths steht, und, nebenbei sei bemerkt, schon in diesem Jahre durch eine Zweigbahn der k. k. Elisabeth-Westbahn mit Wien in direkte Eisenbahnverbindung gebracht wird.

Seite 40: „Es handelt sich hier um den freilich allmählichen Bau von mindestens 24,000 Häusern, welcher, wenn

*) Die Wohnungsnoth u. s. w. Vorschläge von Heinrich Reschauer Wien, 1871. Gd. Düssel.

man den Preis eines solchen Hauses auf einem Grunde von 100 Quadratlastern bloß auf 2000 Gulden veranschlagt, die Aufbringung eines Kapitals von 48 Millionen Gulden erfordert.“

Herr Reschauer glaubt, daß diese Miesenaufgabe nicht in den Wirkungskreis der Commune gehöre, traut aber auch einer Aktiengesellschaft nicht die nötigen Eigenschaften zu. Er glaubt vielmehr Seite 40: „Die Realisirung dieses gewiß großartigen Projektes könnte nach der Ueherzeugung des Gefertigten unter allen Umständen nur einem Vereine von Männern gelingen, denen es nicht um Erzielung eines pecuniären Nutzens, sondern ausschließlich um das Gemeinwohl und die Befreiung Wiens von den Calamitäten einer immer unerbträglicheren, die werthvollsten und wichtigsten Classen der Bevölkerung vollständig ruinirenden Wohnungsnoth zu thun wäre.“

Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, ob für eine bauliche Ausdehnung Wiens in großartigem Maßstabe die von Herrn Reschauer vorgeschlagene Herrschaft Kaiser-Ebersdorf der geeignetste Platz ist. Schreiber dieser Zeilen erklärt sich, als nicht lokalkundig, hierin für vollständig incompetent. Worauf es uns zunächst ankommt und antommen muß, ist die Prüfung der Art und Weise, wie Herr Reschauer sein großartiges Projekt zu verwirklichen hofft.

Ein Verein von Männern also, denen es nicht um Erzielung eines pecuniären Nutzens zu thun ist, soll das Zauberwerk vollbringen, d. h. mit anderen Worten, eine Aktiengesellschaft, welche sich mit einer mäßigen, vielleicht ein- für allemal fixen Dividende begnügt. Herr Reschauer hätte sich mehr Dank verdient, wenn er sich klarer hierüber ausgelassen hätte. Vorausgesetzt, die „wohlmeinenden Männer“ finden sich, und das erforderliche Kapital von 48 Millionen Gulden wird aufgebracht, zu wie viel Prozent soll es sich verzinsen? Zu 5, zu 4 1/2, zu 3, zu 1 oder am Ende zu 1/2 Prozent? Wir sehen, der „gute Wille“ hat einen weiten Spielraum. Das mehr oder weniger gnädig gestimmte Kapital wird hierüber zu entscheiden haben.

Nun, es ist uns nicht bange um die 48 Millionen; wir haben eben bemerkt, was von dem Appell an die „reichen und gebildeten Classen“ zu erwarten ist. Es gilt deshalb nur noch zu konstatiren, daß auch der gewiß gut gemeinte Vorschlag des Herrn Reschauer im Grunde nichts Anderes ist als — ein dem Volke gebotenes Almosen. Nous repoussons l'aumône! Gibt es denn kein Recht, um die Fragen zu lösen, welche Wohl und Wehe des Volkes bestimmen?

Herr Reschauer fühlt selbst, daß er der Initiative der „reichen und gebildeten Classen“ und ihrer Sorge für das Wohl des Volkes etwas viel zugemuthet. Er verlangt deshalb schließlich noch, der Staat solle ihnen ihre Theilnahme erleichtern und ein Gesetz erlassen (Seite 42): „durch welches für alle Häuser, welche der Verein auf dem Territorium von Kaiser-Ebersdorf baut, eine fünfzigjährige Steuerfreiheit zugestanden würde.“

Ueber die Steuerfreiheit haben wir uns schon in einem früheren Artikel ausgesprochen. Kämpfen wir gegen die Privilegien des Kapitals, um das Privilegium christlicher Barmherzigkeit dafür einzutauschen?

Das Gute kommt zuletzt. Herr Reschauer will endlich Seite 42: „daß den Bewohnern dieser Häuser das Recht eingeräumt werde, diese Häuser zu erwerben, und zwar dadurch, daß sie mit dem Miethzins und in diesem inbegriffen auch die aus der Erwerbung des Grundes und der Herstellung des Hauses aufgelaufenen Kosten entweder baar oder mittelst Annuitäten (Heimzahlungen des Kapitals in jährlichen Raten) dem Vereine zubezahlen würden.“

Herr Reschauer ist also über das Ziel mit uns einverstanden. Auch er hält es mit uns für im höchsten Grade wünschenswerth, daß sich der Miethbewohner umwandle in den freien Besizer seiner Wohnung. Für Herrn Reschauer ist es eine Frage der Humanität, für uns eine Frage des Rechtes. Er hält es für wünschenswerth, wir halten es für absolut nothwendig und sind sicher, daß es über kurz oder lang geschehen wird.

Hätte Herr Reschauer dieses sein Ziel klarer, schärfer und umfassender in's Auge gefaßt, hätte er es als leitenden Gedanken seiner Ausführungen, als treibendes Moment durch alle Phasen derselben festgehalten, — er wäre mit uns lähn bis zur Ablösung der Miethwohnung vorwärtsgeschritten. Sein Fehler liegt aber hauptsächlich darin, daß er die Wohnungsfrage, isolirt, vereinzelt, absondert von der großen sozialen Frage, angefaßt hat, sonst hätte er sich schon an den materiellen, Verhältnissen auf den richtigen Weg stoßen und erkennen müssen, daß auch die Wohnungsfrage ganz und gar mit der Frage von der Productivität des Kapitals zusammenfällt und daß alle ihre Auswüchse, alles Elend, was an ihren Sohlen haftet, einzig und allein in dieser Productivität seinen Grund hat.

Regierungssozialismus.

Im Anschluß an unsern gleichlautenden Artikel in Nr. 3 dieses Jahrganges haben wir heute wieder über einen Aufsatz in der „Berliner Revue“ zu berichten.

Das Blatt bespricht die Enquête (Untersuchung) des preussischen Handelsministers über die soziale Frage, und beleuchtet die von der „Volkzeitung“ darüber gebrachten Mittheilungen. Es sei nicht glaublich, daß die Angaben der „Volkzeitung“ richtig seien, denn es läge ein unlösbarer Widerspruch in den veröffentlichten Sätzen.

„Sieht denn die „Volkzeitung“ nicht das vollständig „Unlogische der Sätze: Auszuschließen sei die Erörterung der wissenschaftlichen Kontroversen, dagegen „zur Erörterung zu stellen: Belehrende Maßregeln „zur Veröhnung der Gegenfrage? — Eine schnurrichtige „Belehrung das, welche nicht auf der wissenschaftlichen „Erörterung beruht! Wie will man denn ohne Wissenschaft das angeblich Fehlsame der sozialistischen „Doctrin nachweisen?“

Die Revue hält einen Klagegesang, weil über diese wichtige Angelegenheit nur zwei Konservative gehört worden sind, und behauptet mit Recht, die übrigen Herren seien Manchestermänner

und verstanden von der ganzen Sache Nichts! Man hätte doch Fachmänner fragen sollen, ja, in dieser Sache seien sogar die Sozialdemokraten zu hören!

„Freilich, die internationalen Leute, wie Bebel, können nicht mitwirken zu einem erstrebenswerten Ziele!“

Aber mit den Andern, — da ist eher auszukommen; denn die reine Lassalle'sche Lehre sei durchaus nicht so verwerflich; mit den Anhängern dieser Richtung könne man verhandeln. Der antimonarchische (monarchiefeindliche) Zug der sozialdemokratischen Lehre lebt ihr nun aus der Zeit, als die Sozialisten sich noch in der schlechten Gesellschaft der eigentlichen Demokraten befanden. Selbstverständlich plaidieren wir nicht für ihre Lehre, aber im Vergleich mit derjenigen der liberalen Bourgeoisie geben wir ihr den Vorzug! Warum sollte man nicht einen Mann wie von Schweiger vernehmen?“

Hier wird also offen behauptet, daß die schlechte Gesellschaft der eigentlichen Demokraten die guten Sozialisten nur verdorben habe; mit den noch nicht ganz verdorbenen, d. h. mit denen, welche keine echten Demokraten sind, kann man verhandeln!

Wir freuen uns, daß die „Berliner Revue“ uns ihr Vertrauen nicht schenkt, und glauben, daß die Auffassung der Lassalle'schen Ansicht entweder auf Unkenntnis oder auf absichtlicher Verdrehung beruht! Lassalle war selbst Demokrat, wie er es in der Frankfurter Rede ausgesprochen hat, und hat keineswegs die bürgerliche Demokratie so verachtet, wie der „Neue“ ihm imfinuirt. Lassalle sagt:

„Das Banner, das ich erhoben, ist das demokratische Banner überhaupt. Es giebt sehr tüchtige, sehr kräftige Elemente in der Bourgeoisie. Ich selbst, und so viele Andere unter uns, gehören ja zu ihr. — Es ist eine allgemeine, demokratische Volksbewegung, und keine bloße Klassenbewegung, zu der ich rufe.“

Wir meinen, jeder wahre Demokrat ist Sozialist, und jeder wahre Sozialist ist Demokrat; Eins läßt sich nicht vom Andern trennen.

Der „Neue“, resp. Herr von Schweiger mag sich für das Vertrauen der „Revue“ bedanken!

Zur Plünderung der Deutschen in Frankreich.

In Hamburg fand am 25. Februar die Verhandlung gegen drei der Plünderung in Frankreich angeklagte Marktender statt. Der „Hamburger Correspondent“ berichtet darüber:

Die Angeklagten Göben, Glümper und Rejahl waren als Marktender mit dem den brandenburgischen Ulanen-Regiment Nr. 11 nach Frankreich gezogen und hatten mit der ersten und zweiten Eskadron des Regiments im Oktober 1870 in dem von seinen Bewohnern gänzlich verlassenen und halb zerstörten Dorfe Perres in der Nähe von Corbeil, Quartiere bezogen. Dort entdeckte Göben eingestandenermaßen in dem Hause des Rentiers Jean Pierre Aubert, welches gleichfalls zur Hälfte demolirt war, eine hohe Seitenwand, mit Tapete beklebt, hinter welcher sich ein verschlossener Wandschrank befand. Nach mehreren vergeblichen Versuchen — wie Göben angiebt mit Hilfe zweier Ulanen und eines „Collegen Moys“, der aber wegen mangelnder Compagnenz in Hamburg nicht verfolgt werden kann — den Wandschrank zu öffnen und zu zerbrechen, will Göben denselben am Tage nachher erbrochen und eine große Anzahl Wertpapiere nebst einigen Preisloosen im Zimmer umherliegend gefunden haben. Die Wertpapiere und Schmucksachen haben sich sodann die Angeklagten eingestandenermaßen angeeignet und unter sich verteilt, während Moys auf seinen Anteil verzichtete.

Im Besitze des Glümper sind noch 16 von den gestohlenen Wertpapieren vorgefunden worden, nachdem er in London mehrere Aktien zum Werte von 10,100 Frs. verkaufen lassen. Außerdem hat Glümper in Hamburg 1000 Frs. verkaufen lassen. Rejahl hat nach seiner Rückkehr aus Frankreich die gestohlenen Papiere seinen Schwiegervater, den mitangeklagten Ehekruten Homwind übergeben. Einen Teil derselben hat er dem Glümper anvertraut, um ihn in London verwerten zu lassen, er schlug jedoch die Annahme des von diesem erzielten Verkaufspreises, als eines zu geringfügigen aus. Er hatte ferner für 4000 Franco durch seinen Schwiegervater dieselben verkaufen lassen. Endlich sind noch durch den Richter Sieck zwei ebenfalls in Perres gestohlene Wertpapiere à 500 Franks eingeleistet worden, welche er von einem Unbekannten für 75 Lhr. gekauft hat. Welcher der Angeklagten vordem in dem Besitze dieser Papiere gewesen ist, hat nicht festgestellt werden können.

Bei der Vernehmung der Angeklagten leugnen Göben, Glümper und Rejahl, den Raub erbrochen zu haben und schieben die Schuld den beiden in der Kasse genannten Ulanen zu, von welchen sie in dessen nur einen namhaft zu machen gewünscht haben. Sie wollen das Geld für derenloses Gut, für Kriegsbeute angesehen haben, deren Aneignung ihnen unter den obwaltenden Umständen nicht strafbar erscheinen konnte. Der Bericht der gefundenen Staatspapiere sei ihnen unbekannt gewesen und sie hätten die Erklärung nur nach Striden vorgenommen, ohne deren Bericht zu prüfen. — Rejahl und Glümper erzählen auf die Frage des Dr. Wer (Verteidiger Glümper's), daß von den Truppen in der Gegend von Orleans, vor den Augen und mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten einmal ein großes Vedermagazin und ein anderes Mal ein mit Blei, Wein und Lebensmitteln gefüllter Keller total plünder worden wäre, und im letzteren Falle sogar die Offiziere an der allgemeinen Beute theilgenommen hätten. Nach solchen Aussagen hatten sie (die Angeklagten) aus der Aneignung des gefundenen herrenlosen Geldes sich auch keine Scrupel zu machen zu müssen geglaubt. Zum Zwecke der Beweisaufnahme werden die Aussagen des Beschädigten, dann diejenigen einiger in Frankreich vernommener Zeugen und die Auskunft der Militärbehörde über die Beute von den Angeklagten verdächtigen Ulanen verlesen; es geschieht dies jedoch vom vorsitzenden Richter mit so leiser Stimme, daß hiervon auf der Journalistenbank soviel wie nichts zu verstehen ist.

Die Quelle dieses Referats, der amtliche „Hamburger Correspondent“, wird gewiß von den Nationalen nicht als trügerisch bezeichnet werden können. Als das wichtigste Ergebnis der Gerichtsverhandlung scheint uns natürlich nicht die Spitzbüberei des Marktenderpöcks (welches beiläufig nur zu kurzen Gefängnisstrafen verurtheilt wurde), sondern die Aussage über die seitens der Truppen „mit Zustimmung“ und unter „Theilnahme“ der Offiziere verübten Verbrechen der Plünderung. Die „leise Stimme“ des vorsitzenden Richters giebt schließlich dem Ganzen ein höchst bedenkliches Relief.

Wir glauben, die Deutsche „Waffenlehre“, und selbst die Deutsche „Nationalehre“ erheischt dringend eine strenge und gründliche Untersuchung. Ja wir fordern eine solche, denn, „vaterlandsloses Gesindel“ das wir sind, haben wir doch zu viel „Patriotismus“ und „Nationalstolz“, um für den Ruh unseres Volkes gleichgültig zu sein. Nun unterliegt's aber keinem Zweifel — die Soldner und Clienten des Berliner Preßbureau's mögen mit

nach so viel Eifer das Gegentheilverstehen, — daß unser Ruf der „Ehrlichkeit“ durch den letzten Krieg einen sehr harten Stoß erhalten hat. Man beschuldigt unsere Truppen zahlreicher Vergehen gegen die „Heiligkeit des Eigenthums“, und diese Beschuldigungen erweitern sich nachgerade zu Anklagen gegen das Deutsche Volk, weil von Seiten der Deutschen Behörden bisher so gut wie nichts geschehen ist, um den Grund oder Ungrund der Beschuldigungen zu ermitteln, und die schuldig Befundenen zur Strafe zu ziehen. Wenn hunderttausend Deutsche Offiziere und Soldaten in Frankreich geplündert haben, so berührt das unsere „Nationalehre“ nicht, falls die Deutschen Militär- oder Civilgerichte ihre Pflicht thun; wenn aber nur ein Duzend Deutscher Offiziere und Soldaten in Frankreich geplündert haben, zu deren Verbrechen die Deutschen Militär- oder Civilbehörden ein Auge zudrücken, so ist unsere „Nationalehre“ geschädigt. Wir fordern also nochmals strenge und gründliche Untersuchung. Der oben berichtete Fall hat Anlaß gegeben, das Verhör nachzuholen.

Der „Dresdner Volksbote“ schreibt:

Das Verbot der Theilnahme an der Internationalen durch den Polizeidirektor Dr. Rüder zu Leipzig hat im Auslande bei Feind und Freund große Heiterkeit erregt. „Figaro“ meint, der Dr. Rüder sei ein verkappter Internationaler und wolle damit bloß Reklame für diese Arbeiter-Association machen.“

Bettler's Klage.

Wie glänzen alle Fenster hell
An jenem großen Haus!
Viel frohe Menschen seh' ich drin
Bei einem leckern Schmaus.

Jetzt schenkt man ein. Wie kirren da
Die Gläser in der Rund!
Wir neigte nie ein Tropfen Wein
Den blaffen Bettlersmund.

Jetzt schallt Musik — da tanzen sie
Mit schönen Frau'n — o Lust!
Ich habe nie ein Weib gedrückt
An meine Bettlersbrust.

Jetzt zieh'n sie fort, dicht eingepackt —
Kein Lästchen kann heran.
Wir pfeift der Wind durch's dünne Kleid
Und greift mich heulend an.

Die Straße ist mein Schlafgemach,
Mein Kissen ist ein Stein,
Der Hunger ist mein Bettgenoss,
Die Kälte wiegt mich ein.

Und wenn mich dann der Morgen nicht
Zum Leben wecken kann,
So sagen sie: Gestorben ist
Heut' Nacht ein Bettelmann.

Bekanntmachung.

Der Schriftsteller Herr Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebnecht ist auf Privatanklage des Stadtraths zu Hainichen aus Anlaß der Veröffentlichung des in der Beilage zu No. 41 des „Volksstaats“ vom Jahre 1870 enthaltenen Aufsatzes „Stadtspiegel“ wegen Verleumdung nach art. 237, 241 sub c und 241 b. des revidirten Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe von 10 Lhr. verurtheilt worden, was in Gemäßheit des Urtrags des Anklägers hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, am 24. Februar 1872.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht, Abtheilung für Strafsachen.
Vierter, Rfr.

Nürnberg, 1. März. Der Strife der hiesigen Steindruckerei hat mit der vollständigen Niederlage der Prinzipale gendigt. Der größte Fabrikant, C. A. Pöcher, trennte sich am zehnten Tage des Streites von seinen Kollegen, indem er aus Furcht, die besten Arbeiter durch Weggang verlieren nach Berlin zu verlieren, und aus Angst vor seinem Concurrenzen Hagedorn in Berlin, der die tüchtigsten Drucker gegen hohen Lohn zu engagiren such, sich mit seinen Arbeitern vertrat, ohne Rücksicht auf das Ehrenwort, das er seinen Prinzipalcollegen gegeben hatte, bis zum Neujahr auszuhalten. Benedikt zog er auch alle guten Kräfte aus den anderen hiesigen Druckereien an sich, unter ihnen die Mitglieder des Strifecomitees. Ueber diese Unbilligkeit sind nun die also „lockerten“ Prinzipale außer sich und suchen ihn durch Inserate im hiesigen „Reinl. Courier“ zu blamiren. In einem dieser Inserate machten sie auch ihrer Wuth gegen die bösen Sozialdemokraten Luft und schwayen da von „auf den Geldbeutel der Arbeiter spekulirenden Agitatoren“ und von „giftigem Ungeziefer, das die saulen Fier des Hasses überall hineinlegt.“ Die hiesigen Sozialdemokraten antworteten mit einem Inserat folgenden Inhalts: „Wir Sozialdemokraten Nürnberg's geben den Steindruckereibesitzern die Erlaubniß, über uns zu sagen und zu schreiben, was sie wollen. Wir wissen den Ingrimm, den die genannten Herren über den für sie so schmachlich verlaufenen Strife haben, vollständig zu würdigen und bedauern ihre Niederlage von ganzem Herzen. Von einer größeren Rundzettel gegen ihre Angriffe leben wir ab, weil sie sich selbst sagen müssen, daß sie das Geld nicht werth sind, das ein längeres Inserat kosten würde. Alle auswärtigen Parteigenossen bitten wir um ein solches Beileid für die so hart bedrängten Arbeiterfreunde, deren Kurzsichtigkeit und wohlwollende Gesinnung von ihren Arbeitern so arg verkannt wurden.“

Die also bedienten Herren hatten nun zum Schaden noch den Spott, und sie schwiegen unter dem Hohngeflüster der ganzen Stadt. Diejenigen von ihnen aber, welche gegen die Arbeiter am unverschämtesten aufgetreten waren, sind nach beendigtem Strife ohne Gehilfen auswärtigen Steindruckern, welche geneigt sein sollten, gegen diese Einfiedler von Prinzipalen einen Akt der Dankbarkeit zu thun, um ihnen aus der Noth zu helfen, bezeichnen wir namentlich die Firmen Schöffner, Brunner und Martin als diejenigen, welche sich vor allen anderen durch besondere Liebenswürdigkeit ausgezeichnet haben. Diese sind so ganz verlassen, einsam und alleine. Darum, auswärtige Gehilfen, kommt geschwind und helfe diesen so schwer Betroffenen aus der Verlegenheit! Hoffentlich wird sich auch das Strifecomitee beillen, die Ueberhälften der Strifeklasse zu Unternehmungen für die Prinzipale, die etwa durch den Strife irgendwie in Noth gekommen sind, zu verwenden.

Leipzig, den 28. Februar. Die 11. Stiftungsfestfeier des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereins verlief zu allgemeiner Zufriedenheit, auch der Besuch war ein sehr guter. Dem Bericht des Vorsitzenden Bebel entnehmen wir folgendes: Vorträge wurden im Laufe des Jahres 60 gehalten, und zwar von den Herren Dr. Lindner, Lehrern Hasdort, Reimer, Beeger, Richter, Prof. Wuttke, Liebnecht, Haslisch, Adolph Freitag, Adolph Schmidt. Ferner ward 20 Redebanden, 10 Monats- und Generalversammlungen abgehalten. Unterricht wurde erteilt im Gesang, Turnen, Rechnen, in der Vörsführung, französischen und englischen Sprache, Sienographie, deutschen Sprache und Sittlich. Die Bibliothek zählt 1800 Bände, und wurden im letzten Jahre 1840 Bücher ausgeleihen. Das Archiv zählt 350 Broschüren, das Lesezimmer 28 Zeitungen und Zeitschriften, darunter sämtliche Arbeiterblätter Deutschlands und die in deutscher Sprache erscheinenden ausländischen. Die Einnahmen des Vereins be-

trugen 668 Lhr., die Ausgaben 553 Lhr., darunter allein für die Lokalmitthe 300 Lhr. — Die Festrede, die Liebnecht hielt, verbreitete sich über das Thema „Wissen ist Macht.“ Redner beleuchtete die heutigen „Bildungsanstalten“ und die sog. „moderne Cultur“ und vertheidigte den Satz, daß der Staat als die organisirte Gesellschaft die Pflicht habe, das höchste Maß von Bildung und Wissen allen Staatsangehörigen ohne Unterschied zugänglich zu machen. Diese Bildung dürfe aber keine einseitige sein, sondern sie muß bestehen in der harmonischen Entwicklung aller geistigen und körperlichen Fähigkeiten, welche wiederum nicht möglich sei ohne die soziale Gleichheit. Der heutige, auf Klassenberthschaft beruhende Staat beschätze naturgemäß die ungerechten sozialen und politischen Ungleichheiten; er habe nicht nur kein Interesse, das Volk wirklich zu bilden, sondern im Gegentheil ein positives Interesse, das Volk nicht zu bilden, denn durch eine wirkliche Volksbildung zerföhre er sich selbst. Daher müsse das A und O aller unserer Bestrebungen auf Umänderung des heutigen Staats gerichtet sein, um dann die sozialen Verhältnisse von Grund aus ändern und die harmonische Entwicklung der Menschen ermöglichen zu können. — Außer Bericht und Festrede füllten den offiziellen Theil der Feier Musik und Gesangsbeiträge aus. Den Schluß des Fest's bildete ein sehr belebter Ball. — Die Holzarbeiter-Gewerkschaft zu Zwidaun sandte ein Begrüßungstelegramm, das lebhaften Beifall fand.

Leipzig. Bekanntlich halten die Nationalliberalen jetzt ein Wettrennen des Socialismus. Sieger soll sein, wer die sprechdelteichste Adresse an den Junker von Sächhausen zu Weg bringt. Wir haben dagegen nichts einzuwenden. Noch weniger dagegen, daß die Leipziger Arbeiter sich mit einem Eifer, als ob ein Duzend Hundspitzen, auf ihrem tagbedeuten Rückgrath herumtanzen, an dem Wettrennen theilnehmen. Wohl aber haben wir etwas dagegen einzuwenden, daß unsere Arbeiter sich nach Außen die Nachrede verbreiten, ihr Servilitätsfurore habe die Sanktion einer Volksversammlung erhalten. Natürlich gelogen. Seit Jahren schon mögen die Herrn sich auf seine Volksversammlung mehr, obgleich, oder vielleicht weil sie wissen, daß Kaiser-Tölpel hier unmöglich sind.

Leipzig. Die Arbeiter der Frank'schen Pianofortefabrik erklären im „Tageblatt“ die Mittheilung des „Volksstaats“, Herr Franke habe zwar die Forderungen der Arbeiter bewilligt, den Arbeiter der Lohnerhöhung oder entlassen, für eine „Unwahrheit“; es sei wohl Jemand entlassen worden, aber nicht aus einem Grunde, der mit der Lohnerhöhung in Verbindung stehe. — Wir überlassen die Verantwortung dieses Dament's unserem Mittheiler, welcher eben der fragliche Gemährte selber ist. Im Uebrigen aber erklären wir, daß es nirgends ein Gebotniß ist, wie in den Fabriken Zustimmungssocial, Glückwunschadressen u. s. w. fabricirt werden. — Wenn es sich überhaupt verlohnt, darüber viel Worte zu verlieren, könnten wir z. B. erzählen, wie in der Fabrik des zum „Commerzienrath“ ernannten Herrn Hofpianofortefabrikanten Blüthner zu Sa. mungen für eine Botiviasel zu Ehren dieses Herrn aufgeführt wurde u. c.

Leipzig. Das „Leipziger Tageblatt“ erklärt in der ihm eignen Sprache unsere Notiz betr. das dem „Tageblatt“ seitens eines Rathsmitglieds zugegangene Verbot der Fortsetzung der Pöcher'schen Aufsätze über das Leipziger Schulwesen für eine „dreiste Lüge.“ „Dreist?“ Seit wann wäre das „Tagblatt“ so gefährlich, daß „Dreistigkeit“ dazu gehörte, es anzugreifen? „Lüge?“ Gewiß nicht. Wir haben die Notiz von einem Bekannten Pöcher, einem Manne, dessen Glaubwürdigkeit über dem Bereich der Hüttner'schen Moralkritik steht. Unrichtig war die Notiz vielleicht; aber eine Behauptung des „Tageblatt“ genügt nicht, uns davon zu überzeugen. Dazu bedarf es einer Erklärung des Professor Pöcher, oder des Erscheinens seines nächsten Aufsatzes im „Tageblatt“. Es wird uns doch hoffentlich Niemand zumuthen, einem Blatte, das so ehrlich war, vor dem Kriege wider sein bestes Wissen Rapoleon als „friedliebend“ und „becheiden“ zu feiern, auf's Wort zu glauben!

Berlin, den 29. Februar. Aufruf an die Herrn Prinzipale der Bildhauer, sowie an unsere Kollegen aller Orten Deutschlands.

In Folge unzulänglich gewordener Lohnverhältnisse in unserm Geschäft sind die Berliner Bildhauergehilfen gezwungen, für Aufbesserung ihrer materiellen Lage in die Schranken zu treten. Es ist daher beschlossen worden, falls die nur zu geringe Forderung von 25% abgelehnt werden sollte, die Arbeit mit dem 2. März, d. i. niederzulegen. Wir ersuchen daher die Herren Prinzipale von Auswärts, bei Bedürfnis von Gehilfen uns dies mitzutheilen, wohingegen die Kommission für Uebermittlung der Leute sorgen wird.

Die Kollegen aber fordern wir auf, nachhaltig für unsere Sache einzutreten, und hauptsächlich Zugang so viel wie möglich fern zu halten. Zuschriften wolle man senden an Herrn Pasche, Berlin Elisabeth-Ufer Nr. 40 1 Tr.

Mit sozialdemokratischem Gruß
J. A.: Die Kommission.

Bamberg. Parteigenossen Brüder! Schon der Name Bamberg muß Viele jugig machen, welche es kennen; die es aber nicht kennen, denen können wir nur zurufen, daß es eine in Leihgarnie verfallene Gegend ist.

Als sich die sozialdemokratische Partei in Eichenach konstituirte, da hatte auch Bamberg einen Delegirten geschickt, denn es bestanden damals 3 Genossenschaften und ein Arbeiterbildungs-Berein; beide aber haben sich alle aufgelöst.

Tropdem aber hat die gute Sache sich vieler unserer Arbeiter bemächtigt. Die Wahrheit, die mächtiger als die Stimme der Kanonen ist, macht sich bei vielen unserer Arbeiter wieder fühlbar.

Am 25. Februar hielten wir (die Schneidbergehilfen) eine Versammlung ab, auf deren Tagesordnung „die Lohnfrage“ gesetzt war und haben wir fast einstimmig beschlossen, mit einer Forderung von 25 Prozent an unsere Arbeitgeber heran zu treten. Es wurde ein Komitee gewählt, welches die Sache zur Hand nahm und den Weidern unsere Forderung schriftlich bekannt machen wird. Sollten sich d. eselben nicht für eine Lohnerhöhung erklären, so sind wir fest entschlossen, die Arbeit einzustellen.

Wir richten uns deshalb an Euch, Parteigenossen, in der festen Hoffnung, daß Ihr Zugang nach hier abhalten werdet; denn, haben wir gefiegt, so werden auch die anderen Arbeiter mehr zur Sache halten, sich der Partei anschließen und den Wuth haben, mit ihren Forderungen hervorzutreten. Es liegt also an Euch, Brüder, ob unsere Sache in Bamberg stehen oder fallen soll. Wir haben schon vieles für unsere Mitbrüder und für die Partei geihan; daher hoffen wir, wenn wir zum letzten Mittel gezwungen sein sollten, daß Ihr uns auch nicht im Stich lassen werdet.

Auch bitten wir unsere Hochgenossen vom deutschen Schneiderverein, sowie von München, Nürnberg, Berlin und Leipzig, um einen Beleg oder Tarif zu senden.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag
Das Komitee: Friedrich Büchler, Johann Böhm, G. M. Gradi, Jakob Wörlein, Andreas Bollmann.

NB. Alle Zusendungen wolle man an Friedrich Büchler, Kleberstraße Nr. 265, Bamberg.

Weimar. Berichtigung. In meinem Artikel in No. 17 d. Bl. befindet sich nachstehender Druckfehler, welcher den Sinn des Ganzen entstellt, es heißt darin:

„Da mir zu wiederholten Malen von dem Vorstehenden erklärt worden ist, der hiesige Arbeiterverein gehöre nicht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an u. s. w.“
Es muß heißen: „gehöre der Hirsch-Dunker'schen Partei an.“
Mit sozialdemokratischem Gruß
G. Kettel, Jun.

Stuttgart. Auf die Anfrage von Gannitz in No. 15 d. Blattes theile ich mit, daß jeden Montag Abends 8 Uhr eine sozialdemokratische Versammlung stattfindet, in der Restauration von Rothacker, Querstraße No. 2. Die Versammlung ist in jeder Samstags- resp. Sonntagnummer des „Stuttgarter Neuen Tageblatt“ annoncirt, auch ist jedesmal der Polizei-Wachtmeister Lieb anwesend.
Der Vertrauensmann: H. Fiedermann.

Laufzig. Wir müssen zugeben, daß die Berichtigung des hiesigen Rath's in No. 9 auf Wahrheit beruht. Jedoch glauben die Webergefallen, daß man sie nicht zur Weisheit in die nächste Kasse zwingen kann, weil der Rathsmann Brückner offen gesagt hat, daß die Webergefellenskasse bestehen könnte, da es eine alte, vom Zustromen herkommende Kasse ist. Daß, wie der Bürgermeister Fabian in seiner Berichtigung behauptet, eine Gefellenkrankenkasse von nur 22 Mitgliedern keine gesetzliche Grundlage hat, war uns unbekannt. Wir sind begierig, das betreffende Gesetz schwarz auf weiß zu sehen.

*) geplündert, geraubt, als Kriegsbeute annehmen.

*) Wer weiß! Alte Liebe rostet nicht.

(Fortsetzung von Seite 1.)

nie jemals daran denken, Euch zu unterstützen, wenn es sich um Eure Rechte handelt? Dann vereinigen sie sich zusammen gegen Euch.

Bleibt also gleichgültig gegen die Demonstrationen der Ausbeuter und nehmt an keinem dieser Akte Theil, welche aus Euch nur ein verächtliches Werkzeug in den Händen Derer machen würden, welche bloß darauf sinnen, Eure Erniedrigung und ihre Herrschaft zu verewigen.

Zeigt, Arbeiter, daß Ihr nur Eure eigene Sache im Herzen habt, d. h. die geheiligten Rechte des Volkes, die Freiheit und die Gerechtigkeit.

Arbeiter!

Vergesst nie, daß die Internationale den Antrieben unserer politischen Parteien fern bleiben muß, und daß ihr einziges und höchstes Ziel ist: die soziale Reform. Um dahin zu gelangen, müssen die Arbeiter sich einigen; sie bedürfen aller ihrer Kräfte gegen ihre sozialen Unterdrücker.

Für das Comité:

Die Schriftführer:

Antwerpen, 25. Febr.

Ph. Coenen.
Jof. Babijau.

Unsere Gegner. 1) Ein Oesterreichischer Spiegel hat entdeckt, die Internationale habe den Beschluß gefaßt, die beabsichtigte Wiener Weltausstellung um jeden Preis zu verhindern — zu welchem Zweck, hat besagter Spiegel leider zu enthüllen vergessen. 2) Ein Spanischer Spiegel, der das zweifelhafte Blut gehabt hat, Minister zu werden, hat an die Europäischen Regierungen ein Circular à la Jules Favre gegen die Internationale erlassen, und wird sich à la Jules Favre blamieren.

Stiebers Neustes: Der Bismarck-Attentäter (Westerwelle bei der Mann) soll nächstens in Freiheit gesetzt werden, weil die Untersuchung nichts Reichskanzlermörderisches ergeben hat. Stieber ist trotzdem „ein ehrenwerther Mann“ und bleibt preussischer Oberstaatsrath.

Aus England telegraphirt man: ein Irländer hat die Königin von England iodschießen wollen und zwar mit einem Feuerwejn-Pistol, das — ungeladen war! Ob Herr Stieber die Sache nicht arrangirt hat, um das Westerstwell'sche Terzerol, das ebenfalls ungeladen war, zu Ehren zu bringen? Es hatte ein Verfassungschloß. Nun — so wird heutzutage die Welt regiert!

Die Denkschrift über die Maßregelungen in Sachsen ist fertig, und wird noch im Lauf dieser Woche an ihre Adressen befördert werden.

Die Arbeiterbewegung im Ausland.

(Nach der „Liberé“ und dem „Vochwe“)

Holland. Politische Stellung der niederländischen Arbeiter. Die Verbindung der Amsterdamer Lithographen hat erklärt, daß sie am Nationalfeste des 1. April (300-jähriger Fester der Einnahme von La Breda) nicht Theil nehmen werde, weil die internationale Arbeiterassoziation, der sie angehört, zur Aufgabe habe, die Verbindung nicht allein unter den niederländischen Arbeitern, sondern mit den Arbeitern der ganzen Welt herbeizuführen und derartige Nationalfeste auf das Gegenstück dieses Fests hinauszulassen.

Für das allgemeine Stimmrecht wird stark agitiert in Sued und in Auenhem.

Die Cigarrenarbeiter der Fabrik von der Heiden in Utrecht (41 an der Zahl) streiken wegen Verweigerung der Lohnerhöhung um 1 fl.

Die Amsterdamer Schiffsarbeiter haben beschlossen, die Sonntagsarbeit einzustellen.

Belgien. Der Brüsseler Schreinerstreik ist beendet. Es ist eine Zulage von 5 Centimes für die Stunde und noch eine Zulage von 5 Centimes von Juni an bewilligt worden. — Die Mortararbeit er streiken noch; den Wagenschmiedern steht eine Arbeits-einstellung bevor.

Frankreich. Seit einem Monat haben sich in Paris constituirt: 1) Die Syndikatskammer der Steinbrücker, 2) Die Syndikatskammer der Maurer, 3) Die auf Gegenseitigkeit gegründete Spar- und Kreditgesellschaft der Arbeiter der Leder- und Fell-Industrie, 4) Die Syndikatskammer der Bijouterie-Arbeiter, 5) Die Syndikatskammer der Handwerksarbeiter, 6) Die Kreditgesellschaft der Buchbinder, 7) Die Gesellschaft der Kürschnermacher.

Feiner sind in Gründung begriffen: die Syndikatskammer der Bureau- und Magazinier; die Syndikatskammer der Schneider. — An die Kaiser, Bildhauer und Gravirer ist ein Aufruf erlassen zur Gründung einer internationalen Künstler-Verbindung.

In Perpignan streiken die Bäcker und Vogherber, in Saintes die Maurer und Zimmerer. In Gohanne (Département Deux-sevres) haben circa 80 Bergarbeiter die Arbeit eingestellt.

Spanien. In Puerto de Stafer in Palma (bereits seit zwei Monaten); feiner daselbst die Maschinenbauer (für die 10 Stundenarbeit) und aus demselben Grunde die Seiler in Matara und Calatia. In Barcelona wurde am 4. und 5. Februar ein Congress der spanischen Arbeiter, Spinner und Weber abgehalten, auf welchem 33 Sectionen vertreten waren. Man beschloß die Organisation auf alle Fabrik- und Manufakturarbeiter auszu-dehnen.

Italien. In Rimini ist der Vorsitzende der internationalen Section, Savoiti, verhaftet und bei vielen Mitgliedern g.haus-sucht worden. — Ein Sectionen aus der Romagna tritten am 18. Febr. in der Rade von Ravenna ein Meeting ab. Den „Romagnolo“ in Ravenna weigern sich die Buchdrucker aus Furcht vor den Behörden weiterzudrucken; er muß daher vorläufig aufhören, zu erscheinen.

England. Aus allen Landestheilen sind Fortschritte der Neun-stundenbewegung zu melden. In Dudley Leeds, Great Bridge, Edinburgh, Glasgow, Walsall und Bradford haben Meetings für Einbringung der Neunstundenarbeit stattgefunden; in Glasgow haben die Schiffbau-Ingenieure beschlossen, daß sie vom 1. März an 8 1/2 und vom 1. November an bloß noch 8 1/2 Stunden wöchentlich arbeiten werden. In Shields streiken die Schiffbauer; die Meiner haben den neunstündigen Arbeitstag bewilligt, jedoch unter der Bedingung, daß nicht nach dem Tag, sondern nach Arbeitsstunden bezahlt wird, was die Arbeiter sich nicht gefallen lassen wollen. Ein Streik der Bildhauer in Hockendole betr. die Lohnzahlung der Gehilfen ist glücklich durch einen Kompromiß geschlichtet worden. In Birmingham streiken die Wesselschmiede wegen der Wertpapiermethode, die ihnen bisher abgefordert worden war; mit einer einzigen Ausnahme haben sämtliche Meiner nachgegeben, so daß der Streik also beendigt anzusehen ist. Die Maschinenmacher von Leamington wollen streiken, wenn vom 1. März an ihr Lohn nicht erhöht wird. In Rotherham streikt ein Streik der Töpfer bevor, die höhere Löhne verlangen. In Ost-Yorkshire fordern die Tagelöhner eine Lohnerhöhung und neun-stündige Arbeit. In Horncastle waren am 26. Febr. 800 Land-arbeiter versammelt, die sich einstimmig für einen Tagelohn von 3 Schilling (1 Lhr.) und Reduktion der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden erklärten. Auch in anderen Orten begünstigen, wie schon früher angedeutet ward, der Landarbeiter sich der Bewegung des nährlichen Industrieproletariats anzuschließen; bei ihrem Wunsche an Organisation, und der, Schlichter, ist eine Organisation herzustellen, sind freudig rath-schuldig nicht zu erwarten. Immerhin ist es eine Tatsache, daß die Bewegung genügend anwachsende Wichtigkeit, daß die Englische Landbevöl-kerung endlich in die soziale Bewegung eintritt. Daß die Bewegung sich nicht im Sand verlaufen wird, dafür bürgt der zähe

englische Charakter, der das einmal Begonnene auch zu Ende führt, seien die Hindernisse noch so groß.

Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Dresden. Der Zuzug hierher wird gewarnt, indem eine Arbeits-einstellung bevorsteht.

Leipzig. Warnung. Im „Tageblatt“ vom 4. März befindet sich ein Aufruf zur Gründung eines Wohnungsvereins für Fabrik-arbeiterinnen. Eine der vier Unterzeichneten des Aufrufs ist die bekannte Gräfin Poninska, welche im Club der Spiritisten (Toten-Befrager, Weiserbeschwörer) das „Medium“ (die Vermittlerin zwischen den Fragenden und den betragten Todten) bildet. Es unter-liegt wohl keinem Zweifel, daß im Hintergrunde jenes Aps's-Projektes der Gedanke schlummert, für das Phanton des Spiritismus Prop-aganda zu machen, dessen Opfer bekanntlich meistens Frauen sind. Au der Hut also! Und Sorge man für mögliche Verbeirung dieser Warnung, denn es ist nur zu leicht möglich, daß den Spiritisten, welche sich der Protection „hoher und höchster“ Herrschaften zu erfreuen haben, in Vælde die Geldmittel zur Realisirung ihres Vorhabens zur Ver-fügung stehen. Die Spekulation jener Wahnmwigen auf die Noth und Unwissenheit des weiblichen Proletariats muß von Allen, in denen nur ein Funken von Gemeinfinn lebt, so gründlich hintertrieben werden, daß sie zu Wasser wird.

An die Parteigenossen.

Für die Inhaftirten sind ferner eingegangen:
Von L. S. in Zell. 10 Lhr. M. in Hamburg 1 Lhr. Verdes
in Hamburg 1 Lhr. Olsitz von Brand 1 Lhr. 15 Sgr.
H. Senneke
Hamburg. Kl. Schäferkamp 34.

Zur Abrechnung des Chemnitzer Strike-Komitees.

Chemnitz, den 21. Februar. Mitrauen ist eine demokratische Tugend — das haben wir von unseren Parteigenossen jetzt recht deutlich erfahren, dieselbe Tugend aber auch bei Verwaltung unserer Strike-angelegenheit nach bestem Wissen geübt. Wir sämtlichen Unter-zeichneten sind der festen Ueberzeugung, daß dabei keine Veruntreuungen stattgefunden haben. Wenn Differenzen in den Ausweisungen vorge-kommen sind, so wird die Möglichkeit zugegeben, indem ein Wechsel der buchführenden Personen stattgefunden hat. Wir bitten daher alle Reklamanten um Gestundung. Wir werden die Bücher und Belege einer nochmaligen Prüfung unterwerfen, und nach Fertigstellung dessen schnellstens Bericht erhitien. Durch die Abreise des Vorsitzenden so wie auch dessen Stellvertreter haben sich diese Sachen natürlich verzögert. Wir wollen schließlich noch bemerken, daß Orte in der General-quittung mit aufgeführt sind, von welchen mehrere Personen selber an das Komitee geschickt, aber auf spezielles Verlangen derselben, öffentliche Quittungen, wegen zu beschränkter Polizei- und Fabrikanten-Ephänen, nicht gegeben wurden.

Die Mitglieder des Central-Komitees:
Rendel, Schmidt, Moders, Reander, Schubert, Weidemann, Rinke, Stübner, Esche, Albrecht, Bahner, Lange.

Briefkasten.

der Expedition: Ad. Himm. W. Schönberg: Sie haben gut 11 Gr. El. Niernberg St. Marie 1 Lhr. 26 Gr. f. 2 Abon. erh. je 3 Gr. gut; Hartm. W. in 2 Lhr. 2 Gr. 5 Pf. erh. f. Schrift; Pet. Bilstein: die Annonce in Nr. 18 kostete 6 Gr.; D. Heitbrink in Bielefeld: da wegen des Postages das Blatt einen Tag früher fertig werden mußte, kam Ihre Annonce leider zu spät; von den in letzter Nummer summarisch quittirten 12 Lhr. 18 Gr. 5 Pf. v. Dgs. in Darmstadt sind 8 Lhr. 22 Gr. 3 Pf. f. Schrift; die übrigen 3 Lhr. 26 Gr. 2 Pf. sind nachstehend spezifizirt quittirt; L. Sch. in Pforzheim f. An. 16 Gr. 5 Pf.; Joch in Hannover 23 Gr. f. Schrift erh. 12. in Selmshausen 8 Gr. f. Frankung erh. Karte mit Besagt; Vorderheim in London f. Schrift erh. 4 Lhr. 17 Gr. 5 Pf.; G. Albert in Glauchau 4 1/2 Gr. f. Annon. erh.

der Redaktion: Waldheim, Arbeitsmarkt kostet nichts. Trarbach: G. W. Löwender, 255 W. Lake, Chicago, Illinois, United States, America — Herzlich und herzlich in nächster Nummer.

H. Wolke in Töbels und Dittich in Froburg: haben Sie den am 25. Februar an Sie abgegangenen Brief erhalten? Bitte darauf um Antwort.

Für Feuerbach.

Von Dgs. in Darmstadt 2 Lhr. 18 Gr. 5 Pf.

Für politische Gemahrgelste.

Von Dgs. in Darmstadt 1 Lhr. 7 Gr. 7 Pf. frw. Samstg. im Arb. Arb. -Verein L. 1 Lhr. 5 Gr. 3 Pf. von Christian H. in Leipzig 15 Gr. von R. L. in 1 Lhr.

Arbeitsmarkt.

Zwei gut geübte Einol- und Möbelpolierer, welche in allen in dieses Fach einschlagenden Artikeln Genügendes leisten können, suchen dauernde Beschäftigung, sei es in oder außer Deutschland.

Selbige sind verheirathet und Familienväter.
Adresse: An Julius Albrecht oder Reinhold Geber in Waldheim.

Zur Arbeit auf Rohr- und Stroß-Stühle werden in der unterzeichneten Stuhlfabrik mehrere Arbeiter gebraucht. Verdienst ist 1 1/2 Lhr. bis 2 fl. S. W. (Rohr und Logis 30 bis 35 Kr. täglich.) Angebote wolle man baldigst richten an
Gebrüder Klar, Stuhlfabrik (3) 1
in Achern in Baden.

Zur Entgegnung.

Fürth. Parteigenossen überall! Wegen die am 28. Febr. im „Volkstaat“ gegen mich gerichtete Verläumdung habe ich gerichtlich Klage anhängig gemacht und bitte deshalb, bis zum Ausgang dieser und noch weiterer Klagen keiner Schreibe bei Glauben zu stehen, denn ich werde alle gerichtlichen Urtheile im „Volkstaat“ veröffentlichen. Der Ausgang der ganzen Sache hat nach meinem Sinn jede weitere Schreibe keinen Werth. Gegen die zwei Verläumdungen: 1. Vergewaltigung mehrerer Partei-Mitglieder und Schädigung der Partei im Allgemeinen“ erwähne ich vorerst nur Folgendes: 1. Ich habe bis jetzt noch kein Mitglied vergewaltigen können, weil ich die Sache nicht gelistet habe, und werde bei Ausgang der schwebenden Verhältnisse zeigen, daß ich vorerst prüfe und dann erst handele, wie es recht ist. Hätten die dritlichen Partei-Mitglieder es bei meiner Sache so gemacht, dann wäre mir nicht so viel Unrecht geschehen. Sie wußten, daß die ganze Sache vor Gericht liegt, und glaubten doch nur den von bösen Zungen zusammengewürfelten Verläumdungen. Ich mußte vorerst mit der reinigen Hoffnung, daß die Wahrheit trotz allen Verläumdungen am Schluß die Lage tragt, und dann erst werde ich mich gegen alle Vorwürfe zu verteidigen wissen! Als vorigen Jahrs H. Raier von den Partei-ersammlungen ausgeschlossen wurde, billigte ich dies nicht! H. Raier gina es selberiger Zeit bald nicht besser, als mir in diesem Augenblick! Doch hielt ich es für meine Pflicht, ihn bei jeder Gelegenheit zu verteidigen. H. Raier aber denkt jetzt ganz anders; er schlägt, mit Hilfe aller meiner Feinde, eine nähere Prüfung und Unteruchung der schwebenden Verläumdungen, (wie sich's für einen Sozialdemokrat gehört) auf mich los, als wollte er mich in einer Stunde erwürgen. Doch damit Schluss, wie ob n schon erwähnt; die zwei Mitglieder, welche sich vom Sturm nicht jagen ließen, werden sehen, daß sie sich nicht getäuscht haben, denn es kann jedem Manne so geschehen, wie mir in diesem Augenblick.

A. Hedel.

Antwort.

Rürnberg, den 26. Febr. Wir bitten Sie, dem Anfragsteller hinsichtlich der unterschlagen sein sollenden Gelder für die Inhaftirten und die streikenden Bettina Fischer, daß er uns genau angeben möchte, ob wir, die Produktivgesellschaft Eintracht, oder die frühere Produktivgenossenschaft in den drei Kantonen, das liebe Subjekt im Quartier haben. Wir haben meines Wissens Sammlungen verant-wortlich und haben die Gelder Bürger Auer, Schläpfer in der Kramer-klein'schen Fabrik übergeben, bis davor aber nichts darüber geföhrt. Sollte er es sein, und wir zweifeln vorläufig noch, so muß derselbe es bei

Heller und Fennig abliefern. Ich bitte daher nochmals im Auftrag der Gesellschaft, und nähern Aufschluß darüber zu geben.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Heinrich Krauser

zur Zeit Vorstand der Produktivgesellschaft „Eintracht“ in Nürnberg, rothes Noß in Böhre.

Nochlich.

In der Volksversammlung vom 18. Febr. d. J. hat Parteigenosse Simon aus Bausa die mechanischen Weber von der Tribüne herab beleidigt, so daß der sozialdemokratische Verein in sich veranlaßt fühlte, ein Vertrauensvotum für dieselben zu veröffentlichen. Die Mitglieder der mechanischen Weber sind Mitglieder des Arbeitervereins, und unsere besten Mitglieder.

Die Mehrzahl gehört einem Unterstützungsverein an, sie verfolgen aber kein Prinzip, außer daß sie sich in Krankheitsfällen unter-stützen. Simon warf ihnen vor, daß sie in Ueberfluth schwelgen, und kein Prinzip verfolgen, was er wahrscheinlich nur in der Ueberzeugung gesagt hat. Wir ersuchen Simon, seine Anklage zu widerrufen, damit nicht unser Verein noch mehr geschädigt wird.

Der sozialdemokratische Verein zu Nochtlich.
Männer, Vorsitzender. Lehmann, Mitglied. Ahner, Mitglied.

*) Wir sind überzeugt, daß hier ein Mißverständnis obwalten muß. Der Vorwurf des „Schwelgens im Ueberfluth“ ist eben bezüglichen Arbeitern, wie den Webern gegenüber, so abgeschmackt, daß er unmöglich von einem die Arbeiterverhältnisse genau kennenden Manne, der noch obendrein selbst Arbeiter und Sozialdemokrat ist, gemacht sein kann.
H. v. S.

Für Mainz.

An die Abonnenten des „Volkstaat“.
Da der feierliche Kolporteur Bauhus verschiedene Unrichtigkeiten und bedeutende Unterschleife zum Nachtheil der Expedition in Leipzig sich zu Schulden kommen ließ, und dann spurlos verschwunden ist, sind wir zur Sicherstellung jeder Art genöthigt, einen Kautions-fähigen Kolporteur für den „Volkstaat“, haltbar für Alles, was die Abonnenten und die Partei berührt, anzustellen, und empfehlen wir denselben, in der Person des Herrn J. Hell, der das vollste Vertrauen der Parteigenossen besitzt, auf das Beste, und ersuchen unsere verehrten Abonnenten auch ihr Vertrauen übertragen zu wollen, indem sich derselbe allen Aufträgen an die Partei hier wie anderwärts bestens be-reit hält.

Um über die alten Verhältnisse betreffs Abonnements und Kol-portage einige Klarheit zu erlangen, bitten wir unsere verehrten Ab-onnenten, auf eine hierauf bezügliche Anfrage demselben eine sichere und richtige Antwort zu ertheilen.

Mit Gruß

die Mainzer Parteigenossen.

Filialexpedition Zwifkau.

Die Abonnenten des „Volkstaat“ werden hierdurch ersucht, bis längstens den 15. d. M. ihrer Zahlungspflicht nachzukommen.
A. Doyauer.

Für London.

Arbeiterbildungs-Verein.

Deutsche Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation.
Unter Lokal befindet sich jetzt:
Nr. 5 Pollen Street, Hannover Str. Hannover Square
W. G.

Es finden abwechselnd Vorträge über sozial- und politische Fragen statt. —
Im Namen des Vereins:
der Sekretair
A. Gaultaincourt.

Für Hannover.

Sozial-demokratischer Arbeiterverein.

Die in Nr. 17 des „Volkstaat“ annoncirtc Versammlung findet erst Sonnabend, den 9. Mai statt, da dieselbe wegen Volksversammling des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, in der Herr Töbke anwesend war, ausfiel.

Die Tagesordnung bleibt dieselbe. Der Vorsitzende.

Bremen.

Die Parteigenossen der Umgegend werden ersucht, bei Mangel an Rednern sich zu wenden an den Vertrauensmann
Conrad Holke, Drechsler,
Schwanenstr. Nr. 29 in Bremen.

Für Leipzig.

Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein.

Freitag den 8. März Abends 8 Uhr im Saale der Restauration Viktoria (goldene Säge).
Tagesordnung: Sozial-politischer Wochenbericht, Referent Hanisch.
Diskussion über Engels' „Lage der arbeitenden Klasse“.
Fragekasten.
Der Vorstand.

Ankündigung.

Der bereits seit längerer Zeit mit Spannung erwartete, sozial-politische Roman:

Am Webstuhl der Zeit

von
A. Otto-Walster,

welcher in einer spannenden Erzählung und in reichen Bildern das gesammte Leben und Leben der Neuzeit vollständig schildert und darstellt, bereits im „Volkstaat“ als Feuilleton-Beilage theilweise ver-öffentlicht, wegen des Krieges abgebrochen werden mußte, und neue dings im Hocheraths-Prozess zu Braunshweig eine bedeutende Rolle spielte, wird vom 1. März an in ununterbrochener Folge
als Feuilleton des „Dressdner Volksboten“
erscheinen.

Der „Dressdner Volksbote“ erscheint täglich Abends, mit Aus-nahme des Sonntags, und kostet monatlich 6, vierteljährlich 18 Gr. — Neueintretende Abonnenten erhalten das Blatt bis zum 1. März gratis. — Frühes Abonniren ist dringend nöthig, da beim Druck der Auflage nur die bereits bestehende Abonentenzahl berücksichtigt werden kann.

Die Expedition des „Dressdner Volksboten“,

große Brüderstraße 12, dritte Etage.

Durch die Expedition des „Volkstaat“ ist zu beziehen:
Rathgeber für Gewerbetreibende,
ein getreuer Führer durch alle Verhältnisse des Familien- und Ge-schäftslebens in acht Lieferungen, zusammen 1 Lhr. 10 Gr. (2)

Zu Trutz und Schutz

Bestrebe, gehalten von W. Liebkecht zum Stützungstheil des Volks-vereins in Grimmitzhan.

2 1/2 Bogen. Ladenpreis 4 Sgr., durch die Expedition des „Volkstaat“ oder deren Filialexpeditionen und Kolporteurs bezogen 2 1/2 Sgr.

„La Dernière Révolution“ Réponse a l'Assemblée Souveraine de Versailles, par le citoyen C. F. Gambon, Ex-re-présentant du Peuple, Membre de la Commune de Paris et du Comité de Salut public. Preis 5 Kr.

Beschlüsse der Delegirten-Konferenz der Internationalen Arbeiter-Assoziation, abgehalten zu London vom 17.—23. Septbr 1871. Einzelpreis 5 Pf., in Partien 3 Pf.

Bebel's Reichstagsreden

gehalten in der 11. Session des Reichstags.
kosten broschirt Exemplar 1 1/2 Sgr. 33 Stück 1 Lhr., 100 Stück 3 Lhr.

erner sämtliche Vassalle'sche und alle andern sozialistischen Schriften.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Hepner (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag von F. Thiele.